Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. **Bezug:** Durch die Postanstalten oder den Verlag. — **Bezugspreis:** Vierteljährig Mk. 2.—, Halbjährig Mk. 4.—, Ganzj. Mk. 8.—. Einzelnummer 20 Pf. — **Verlag, Auslieferung u. Schriftleitung** d. „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 60 Pf. — Bei Wiederhol. Rabatt. — **Anzeigenannahme:** Verlag des „Jüd. Echo", München, Herzog Maxstr. 4. **Fernsprecher:** 53099. **Postscheckkonto:** München 3987.

Nummer 48 **28. November 1919** **6. Jahrgang**

1919 Wochenkalender 5680

	November	Kislew	Bemerkung
Sonntag	30	8	
	Dezember		
Montag	1	9	
Dienstag	2	10	
Mittwoch	3	11	
Donnerstag	4	12	
Freitag	5	13	
Samstag	6	14	



Das Jüdische Echo

Nummer 48 | 28. November 1919 | 6. Jahrgang

Jüdische Volkspolitik in Deutschland

Die Sitzung des Zentralkomitees der Zionistischen Vereinigung für Deutschland vom 2. XI. 19 hat die Grundlagen der zionistischen Politik in Deutschland bis zum nächsten zionistischen Delegiertentag Ostern 1920 festgelegt. Das war umso notwendiger, als die großen Umwälzungen der verflossenen Jahre nicht nur das Antlitz der Welt sondern merkwürdigerweise auch das der rückständigsten jüdischen Kultusgemeinden Deutschlands umgestaltet haben. Ist es doch unbestreitbar, daß die künftige Zusammensetzung der deutschen Judenheit keineswegs der vor dem Kriege gleichen wird. Der Verlust von Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen, die drohende Abtretung großer Teile Oberschlesiens hat die Zahl der schon seit zwei oder mehr Generationen deutschen Juden beträchtlich vermindert. Zugleich sind durch Einwanderung aus dem jüdischen Osten den Gemeinden neue Mitglieder zugeführt worden, deren Interesse an jüdischen Fragen im allgemeinen das der Eingesessenen erreichen, in vielen Fällen übertreffen dürfte. Es wird niemanden geben, mag er denken wie er wolle, der glauben könnte, daß sich auf die Dauer eine Grenze zwischen Juden und Juden aufrichten ließe, daß es auch in der Folge gelingen wird, die Abgeschlossenheit der „Eingeborenen", wie sie besonders in Süd-Deutschland besteht, aufrecht zu erhalten.

Es ist klar, daß dieser in der Folge unabwendbare Verschmelzungsprozeß dazu führen muß, daß die deutsche Judenheit in dem Augenblick, da sie ihren beherrschenden Einfluß auf das Gesamtjudentum verliert, dem jüdischen Volke in seiner Masse näher rückt, als es wenigstens in den letzten 60 bis 70 Jahren der Fall war. Es wird nicht mehr möglich sein, so schroff wie bisher den deutschen Standpunkt zu betonen und alles jenseits der Grenze abzulehnen, wenn diese Grenze gleich hinter Frankfurt a. O. verläuft und wenn in absehbarer Zeit ein bedeutender Bruchteil der deutschen Juden nicht nur jenseits dieser Grenze sondern sehr viel weiter östlich geboren sein wird. Dazu kommt die Tatsache, daß gerade die Besten unter den eingewanderten Ostjuden nicht daran denken werden ihre Eigenart bedingungslos aufzugeben, ihren Anteil an dem Werden der jüdischen Gesamtheit, ihren Willen zu einer jüdischen Zukunft gegen die müde Resignation des untergangsnahen deutschen Judentums einzutauschen.

Das Eindringen dieser vergleichsweise eminent „jüdischen" Menschen in das entjudete deutsche Judentum muß und wird zu einer völligen Veränderung seiner geistigen und politischen Struktur führen. Der nationale Gedanke, bis vor kurzem im wesentlichen Akademikern, jüngeren Kaufleuten, begeisterten Schülern vertraut, wird überall hindringen, wohin die Einwanderer ihre Schritte lenken. Die bisher geistigen und politischen Kämpfe so fernen Landgemeinden werden von der Auseinandersetzung mit den großen Gegenständen des jüdischen Volkstums ebenso wenig verschont bleiben, wie die stolzen Großgemeinden, deren festeste Bollwerke bereits klaffende Breschen aufweisen, die der neue Geist geschlagen. Schon jetzt läßt sich voraussehen, daß die Zeit kommen wird, da „die deutsche Judenheit es nicht mehr ruhig mitansehen wird und kann, daß ihre Führung auch künftig einer kleinen, durch eine falsche Opportunitätspolitik auf Irrwege geratene Schicht verbleibt", die aus der überlieferten jüdischen Gemeinde, die mit ihren religiösen, sozialen, wirtschaftlichen Einrichtungen, Gesetzen, Regelungen das ganze jüdische Leben umspannte, eine rein konfessionelle Anstalt, die Diözöse einer nie und nirgends bestehenden „jüdischen Kirche" machte. Die deutsche Judenheit der Zukunft, die jetzt in Bildung begriffen ist, wird sich die Bagatellisierung der Gemeinden, die sie schon heute zu kaum mehr als Vereinen stempelt, denen man nach Belieben angehört oder nicht, auf die Dauer nicht bieten lassen können. Wollen die jüdischen Gemeinden überhaupt noch irgendwelchen Einfluß auf wesentliche Teile des jüdischen Lebens bewahren, so müssen sie ihre Pforten den geistigen Strömungen weit auftun, die das heutige Judentum erschüttern und beleben, so müssen sie, gewiß unter getreuer Wahrung des ihnen anvertrauten religiösen Gutes Gemeinden des jüdischen Volkes, „jüdische Volksgemeinden" werden.

„Denn nur dann", sagt Simonsohn in seiner Broschüre, ‚Die jüdische Volksgemeinde', „wird ihnen alles zuströmen, was den Keim der Zukunft in sich trägt, werden ihnen die folgen, deren Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft nicht von augenblicklich günstiger Konstellation der Umstände, von der Existenz der Zwangsgemeinden, von der schamhaften Furcht vor der öffentlichen Bekanntgabe der Abtrünnigkeit abhängt, sondern die durch sittliche Ideale, durch Überzeugungstreue und innerlich unlösliche Bande mit dem jüdischen Volke verknüpft bleiben. Daraus resultiert die Forderung, daß die jüdischen Volksgemeinden sich nicht auf rein konfessioneller Grundlage aufbauen können, sondern die Vertretungsorgane einer nationalen Minderheit sind, die ihre kulturellen Angelegenheiten, welche aus ihrer geistigen Individualität resultieren, autonom regelt."

Aus diesen ja bereits seit längerer Zeit vertretenen Anschauungen zog das zionistische Zentralkomitee auf seiner Sitzung vom 2. XI. die praktischen Folgerungen. Der Gedanke der Demokratie, der unlöslich verknüpft ist mit dem Begriff der Volksgemeinde selbst, war es vor allem, der den Standpunkt der zionistischen Bewegung den Organisationen des deutschen Judentums gegenüber bestimmte. Das ist der Sinn der bereits von uns veröffentlichten Entschließung, die besagt, daß es die Pflicht eines jeden deutschen Zionisten sei, sich an den Aufgaben der jüdischen Gemeinden in Deutschland zu beteiligen und überall für die Demokratisierung der Gemeinden einzutreten, damit auf dieser Grundlage eine gesunde jüdische Volkspolitik in Deutschland ermöglicht wird.

Es ist selbstverständlich, daß man bei einer derartigen Auffassung keine Organisation als Gesamtvertretung der deutschen Judenheit anerkennen kann, die nicht wirklich ein deutsches Judenparlament, die demokratische Vertretung der Juden Deutschlands darstellt. Es ist daher berechtigt, wenn das Zentralkomitee beschloß, „den geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, dem Verband der deutschen Juden mitzuteilen, daß die Zionist. Vereinigung für Deutschland sich an dem Verband der Deutschen Juden nicht weiter beteiligen kann, wenn nicht Garantien dafür gegeben werden, daß vom nächsten Verbandstage ein demokratisches Wahlsystem für sämtliche in Deutschland wohnenden Juden angenommen wird."

Der Kampf um die Umgestaltung des Gemeindelebens in Deutschland, um die Politisierung der deutschen Judenheit, um ihre Festigung durch eine vom Willen der Gesamtheit getragene Vertretung hat begonnen. Sein Ausgang ist nicht zweifelhaft. Wer da wünscht, daß die notwendige Entscheidung kommt, ehe der heutige Zustand der Stagnation noch mehr Schaden als bisher anrichten kann, wer den großen Aufgaben auf geistigem, sozialem, wirtschaftlichem, pädagogischem, politischem Gebiete, die der deutschen Judenheit gestellt sind, Erfüllung sichern, wer freiem Wort und vorurteilsloser Betrachtung jüdischer Dinge die Plattform schaffen will, der wird sich, mag er Zionist oder Nichtzionist sein, der Entschließungen des zionistischen Zentralkomitees freuen dürfen.

* * *

Politik?

Nicht mitzuhassen,
mitzulieben bin ich da.
Sophokles, Antigone.

Tatbestand. Die antisemitische Hetze in München ist einer Steigerung kaum noch fähig, ohne daß die aufgepeitschten Massen zu Gewalttätigkeiten übergehen. Die zionistische Ortsgruppe, der Gesamtauschuß der Ostjuden erkennen die Notwendigkeit, endlich Wirksames zu unternehmen und schaffen die Möglichkeit dazu. Als alles getan ist, bittet man den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens um seine Mitwirkung — wohl verstanden, man verlangt weder Geld noch Arbeit von ihm, könnte auch ohne ihn vorgehen und den politischen Nutzen getrost allein einstreichen — man macht Mitteilung lediglich aus Solidaritätsgefühl dem gemeinsamen Feinde gegenüber, wünscht das Zusammengehen, weil man aus diesem Kampf keinen Vorteil zu Ungunsten anderer jüdischer Organisationen einheimsen, weil man den jüdischen Verein, der sich für berufen hält, den Kampf gegen den Antisemitismus für die deutsche Judenheit zu führen, trotz aller Bedenken gegen die wenig wirksame Art, wie er ihn führt, von diesem wichtigen Vorgehen nicht ausschließen will.

Der Zentralverein bestreitet keineswegs die Möglichkeit, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen wirksam sein könnten, berät, einmal, zweimal — und erklärt nach einigem Hin und Her, nicht wie man meinen könnte, er mache mit, oder er weigere sich, weil er nicht an Wirksamkeit oder Tunlichkeit dieser speziellen Aktion glaube — nein er verweigert jedes Zusammenwirken, das gegen den gemeinsamen Feind so bitter not täte, überhaupt und grundsätzlich.

Drei Tage später verprügelt ein Haufen deutscher Studenten einen wehrlosen Juden auf offener Straße, weil er Jude ist. . . .

Aussprache. Auf der vom „Jüdischen Echo" einberufenen Versammlung über das Thema: „Die neue Welle des Antisemitismus" treffen sich die Parteien. Hie Zionisten und Ostjuden — hie Zentralverein. Man bringt die Sache vor, Herr Dr. Straus, Vorsitzender der Münchener zionistischen Ortsgruppe, und Herr Jakob Reich, Vertreter des Gesamtausschusses der Ostjuden, sprechen, beide sachlich — Herr Dr. Straus ohne Schärfe, Herr Reich, der die Verhandlungen geführt hatte, in begreiflicher Erregung und nicht ganz liebenswürdig. Herr Rechtsanwalt Levinger, Mitglied des Vorstandes der Münchener Ortsgruppe des Zentralvereins, kommt nach jedem der beiden Redner zu Wort. Seine Antwort läßt durchblicken, daß er persönlich Zusammenarbeit gewünscht hätte, daß die Meinungen im Vorstande geteilt waren, aber . . . . es ist im deutschen Judentum immer dieselbe Geschichte: einige sehr verdiente, sehr illustre Persönlichkeiten sind irgendwie früher angegriffen, beleidigt, verärgert worden und wollen deshalb nicht mittun, auch wenn sich's um die bittersten Notwendigkeiten für die jüdische Gesamtheit handelt.

Man nennt so etwas Politik und diejenigen, die mächtig genug sind, diese Politik durchzusetzen, halten sich für jüdische Politiker.

Herr Rechtsanwalt Levinger, der die undankbare Aufgabe hatte, diese von ihm nicht gebilligte „Politik" zu verteidigen, errang einen Achtungserfolg für seine Persönlichkeit. Dem Zentralverein konnte er einen solchen nicht erringen.

Betrachtungen. Der Vorstand des Zentralvereins tagt unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Er kann deshalb nicht verlangen, daß man Interesse daran haben soll, ob man und wer in seiner Mitte für Zusammenarbeit der gesamten Judenheit eingetreten ist. Die odiose Antwort ist nun einmal gegeben worden — so mag der Zentralverein dafür einstehen, wenn er kann.

Es ist sogar gleichgültig für die politische Einschätzung der einzelnen Vorstandsmitglieder, ob sie den Beschluß billigten oder nicht. Warum zogen nicht die Vertreter des jüdischen Standpunktes die Konsequenzen aus der Ablehnung? Politik! Mag's so nennen, wer will.

Die Zentralinstanz des Zentralvereins legt freilich Wert auf Zusammenarbeit der gesamten Judenheit Deutschlands im Kampfe gegen den Antisemitismus. — Ein paar Münchener Notabeln sind anderer Meinung. Die Zentralinstanz wird ihnen gegenüber wohl machtlos sein. Es rächt sich wieder einmal der Grundfehler der ganzen Judenpolitik in Deutschland. Einige angesehene Organisationen, einige aus irgendwelchen Gründen mächtige Persönlichkeiten lenken das Schicksal der jüdischen Öffentlichkeit. Diese wird nicht gefragt. Dafür ist man Demokrat und nennt sich auf jüdischem und nichtjüdischem Gebiete: liberal.

Herr Rechtsanwalt Levinger erklärte: Politik ist kein Geschäft des offenen Marktes. Auch uns erscheint Kleon der Gerber in all seinen Abarten, auch uns erscheint Demagogie in jeder Form wenig erfreulich — beinahe so unerfreulich wie die Wichtigtuerei und Geheimniskrämerei einiger Pseudodiplomaten. Propheten, Volksführer, Staatsmänner von Rang verstanden es stets, das Volk mitzureißen, es zum gewaltigen Vollstrecker des eigenen Willens zu machen. Der Antisemitis-

mus bedroht alle Juden. Einige Herren, die Füße unter dem grünen Tisch, beratschlagen wie sie sich und ihresgleichen helfen können. Und sind ungehalten, wenn man ihr Verhalten der dadurch auch in der Folge schwer bedrohten Gesamtheit kundgibt.

Folgerungen. Ist seitens der Zionisten und Ostjuden zu schroff, zu schonungslos vorgegangen worden? Haben sie dadurch auch ihrerseits die trotz allem mögliche Einigung erschwert? Sei's drum! Die jüdischen Organisationen kümmern uns wenig. „Wir lieben sie nicht, wir hassen sie nicht . . ." Sie sind lediglich Mittel zum Zweck, wollen sie mehr sein, so sind sie Schädlinge. Selbstzweck ist lediglich das schwer bedrohte jüdische Volk. . . .

An das wenden wir uns. Mag es sich seine Organisationen, die Tummelplätze übermütiger Notabeln, gefügig machen. Mag es sie dazu machen, was sie sein sollen, Instrumente, die starken Exponenten seines Wollens.

Das würde der Sinn einer Zentralinstanz zur Bekämpfung des Antisemitismus sein, daß sie die jüdische Gesamtheit Münchens, vielleicht des Reiches, an dem Kampfe teilnehmen läßt, den die Organisationen, stark im Bewußtsein, das jüdische Volk in Deutschland zu vertreten, werden führen müssen. Gewiß soll keine jüdische Organisation, auch nicht der Zentralverein, ausgeschaltet werden, auch wenn man ihn in diesem Kampfe statt von einigen angesehenen Herren von dem Willen des Volkes abhängig macht. . .

Was ist das: Volk? Es is die lebendige Liebe allem jüdisch Geborenen gegenüber, die im Höchsten wie im Niedrigsten noch das Jüdische spürt. Es ist leicht, sich der Propheten zu rühmen und auf bettelarme Ostjuden zu schimpfen. Es ist leicht, mit Verachtung oder Haß sich von denen abwenden, die „Rischus machen", heißt, die satte Behaglichkeit stören. Wir sehen selbst in jüdischen Notabeln schlimmster Art noch den Juden, wenn wir auch seinen illegitimen Einfluß einzuschränken suchen, wo es möglich ist.

„Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da."

Karl Glaser.

Die Jüdische Legion

Zu den Fragen, die in Palästina an der Tagesordnung sind, gehört das Problem der Jüdischen Legionäre. Charakteristisch sind folgende Ausführungen, die Herr Abraham Katzenelson im „Hapoel Hazair" unter der Überschrift „Zur Frage der jüdischen Armee" veröffentlicht.

„Die tschecho-slovakischen Soldaten, die polnischen usw., haben fünf Jahre lang an den Schlachten teilgenommen und stehen auch jetzt noch in den vordersten Reihen unter den schwierigsten Bedingungen. Und wir? Wir, die wir so dringend eine Zentralisierung unserer realen Kräfte gegenüber den verschiedenen Schwierigkeiten benötigen, wir sehen bei uns nur Demobilisation anstelle von Mobilisation. Wir beschäftigen uns nicht mit der Frage der Existenz und des Niveaus unserer Regimenter, sondern mit der Frage der demobilisierten Soldaten. Unser Volk macht es umgekehrt wie die anderen Nationen: Jene stützen sich auf ihre Kraft, wir auf unsere Schwäche.

Dr. Katzenelson schlägt vor:

1. Den Ruf nach neuen Freiwilligen zu erlassen zwecks Ausfüllung der entstandenen Lücken.

2. In den existierenden Regimentern systematisch eine jüdische Atmosphäre zu schaffen.

„Es ist nicht genug, für diesen Zweck die alten Kokarden durch eine Menorah zu ersetzen und den alten Namen durch eine neue Bezeichnung. Hier kommt es auf die nationale Atmosphäre an. Es ist notwendig, daß unsere neuen Regimenter „Judäer" sind nicht nur dem Namen nach, sondern auch dem Geiste nach."

Diesen Ausführungen trat in der nächsten Nummer des „Hapoel Hazair" Herr Nathan Chafschi mit einer scharfen Erwiderung entgegen. Derselbe erklärt sich als extremer Gegner eines jeden Militarismus. Das Judentum in Palästina könne seine Zukunft nur auf Arbeit und Frieden bauen, und wir hätten die Pflicht, rechtzeitig den Warnungsruf zu erlassen: „Nicht das ist der Weg!" An dem Tage, wo wir zu der erschreckenden Überzeugung kommen werden, daß ein Volk ohne die gepanzerte Faust keine Existenzberechtigung hat, werden wir erklären: Lieber wollen wir untergehen, als unsere Hände mit Blut beflecken!

Zu diesen Ausführungen nimmt die Redaktion des „Hapoel Hazair" mit folgenden Worten Stellung:

„Die Auffassung unseres Kollegen Chafschi über den Militarismus ist gewiß berechtigt. Aber sobald sie in eine verzerrte Lebensformel und ein totes Dogma verwandelt wird, ist sie für unser Volksleben völlig wertlos. Eine solche Auffassung kann auch das Gegenteil von dem herbeiführen, was sie erstrebt.

Man darf nicht ohne weiteres das Militär, das der Gewaltherrschaft, der Eroberungssucht, dem Kapitalismus dient, mit einer nationalen Wehrmacht in eine Reihe stellen, die den einzigen Zweck hat, die Heimat und die Volksgenossen zu schützen, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Notwendigkeit ist, von der sich kein Volksgenosse befreien kann.

Aufruf des Engeren Aktions-Comités anläßlich des Deklarationstages

An das jüdische Volk!

Am 2. November dieses Jahres jährt sich zum zweitenmal der Tag, an dem Großbritannien durch die Deklaration Balfours das Recht des jüdischen Volkes auf die Errichtung seiner nationalen Heimstätte in Palästina anerkannt und seine Mitarbeit am Aufbau einer solchen Heimstätte versprochen hat.

Als der große Krieg zu Ende ging, hofften wir alle, daß der Augenblick bereits gekommen sei, da mir unsere Arbeit ernstlich aufnehmen könnten. Dieser Augenblick ist aber auch jetzt noch nicht gekommen. Das jüdische Volk teilt das Los der ganzen Menschheit, die nach den schrecklichen Jahren noch immer auf den wirklichen Frieden wartet. Noch schwereres Leid als den übrigen Völkern hat uns dieser Zeitraum zwischen Versprechen und Erfüllung gebracht, und noch größer waren die Anforderungen an unsere Geduld und Ausdauer, angesichts der furchtbaren blutigen Opfer, die während dieser ganzen zwei Jahre von Tag zu Tag von unserem Volke gefordert wurden.

Aber Not und Verfolgung haben nicht vermocht, den Willen unseres Volkes zu schwächen, der fest und unerschütterlich bleibt, gleich der Geltendmachung unserer Forderungen seit dem Tage,

da sie vor zwei Jahren formell und öffentlich anerkannt wurden. Seitdem sind diese Forderungen durch die Erklärungen anderer großer Mächte und Regierungen bestätigt worden, und die Britische Regierung selbst hat durch wiederholte Schritte gezeigt, daß sie unverbrüchlich an der Erklärung festhält. Und jetzt glauben wir uns der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß es nur noch wenige Monate dauern wird, bis diese feierlichen Versprechen in der Gestalt konkreter internationaler Vereinbarungen verwirklicht sein werden. Dieser große Augenblick wird die Organisation nicht unvorbereitet finden. In vollem Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit legen die Leiter unserer Organisation jetzt die letzten Grundsteine für die Aufstellung des großen Planes, der als Basis für die Errichtung eines jüdischen Palästinas dienen soll.

Es war immer der Stolz der zionistischen Bewegung, das jüdische Volk zu dem Bewußtsein erzogen zu haben, daß sein Schicksal in erster Linie von seiner eigenen Willenskraft abhängt. Und selbst am heutigen Tage, da wir uns dankbar der mächtigen Hilfe erinnern, die Großbritannien uns versprochen hat, möchten wir uns von neuem ins Gedächtnis rufen, daß fremde Hilfe uns nur die Möglichkeiten verschaffen, uns nur das Fachwerk geben kann, daß es aber bei uns selbst steht, die Arbeit wirklich auszuführen, und daß der Erfolg vor allem von unserer Opferbereitschaft, unserer Geduld, unserer Disziplin und unserer Schaffensfähigkeit abhängt.

Wir rufen das jüdische Volk auf, es mit allen in seiner Macht stehenden Mitteln sicherzustellen, daß die Zeit, in der unsere Forderungen, die die Welt jetzt anerkannt hat, in die Praxis umgesetzt werden müssen, uns entschlossen und vorbereitet finden soll.

Die Führer der Zionistischen Organisation werden mit der gewissenhaften Sorgfalt und im Geist brüderlicher Zusammenarbeit mit allen Teilen des jüdischen Volkes die Aufgabe weiter verfolgen, das Versprechen vom 2. November 1917 in eine glorreiche Wirklichkeit umzusetzen.

Das Executiv-Komitee der Zionist. Organisation.

O. Warburg. N. Sokolow. Ch. Weizmann.
S. Levin. V. Jacobson. A. Hantke.

Der jüdische Lehrerstand in Bayern

Am 31. August und 1. September hielt die „Arbeitsgemeinschaft jüdischer Junglehrer Bayerns" ihre erste Vollversammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Die Tagung war von größter Bedeutung; galt es doch über wichtige innere und äußere Fragen Klarheit zu schaffen und Richtung und Art der künftigen Arbeit festzulegen. Brückheimer-Marktbreit erstattete den Tätigkeitsbericht der Organisation und gab ein ausführliches Bild von der intensiven Arbeit, die seit ihrer Gründung geleistet worden war. „Wie können wir unsere Lage bessern?" lautete das Thema eines von Weil-Hof gehaltenen Referats, das die traurige Lage der jüdischen Lehrer in Bayern schilderte und Mittel angab, durch die eine Besserung erzielt werden kann. Zielinski-Höchberg legte in seinem Vortag über „Unsere nächsten Aufgaben" einen Plan für die künftige Arbeitsfähigkeit vor, der vielseitige Zustimmung fand. Den engsten Zusammenschluß aller Kollegen zur Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage forderte Schloß-Aschaffenburg, der sich über „Die Gewerkschaftsfrage" und den „Anschluß an den Verband" verbreitete. Die lebhaften Debatten, die sich allen Referaten anschlossen, brachten eine Fülle von Vorschlägen und Anregungen, die teilweise dem Ausschuß zur weiteren Verarbeitung überwiesen wurden, teilweise zu wichtigen Beschlüssen führten. Von den angenommenen Anträgen seien hervorgehoben: 1. Wahl einer Kommission zwecks Aufstellung des Arbeitsprogramms (Vorsitzender Zielinski); 2. Resolution Strauß (Stellung zum Lehrerverein betreffend); 3. Antrag Gutmann (Stellung zu den „Ausländerlehrern" und „Halblehrern" betreffend); 4. Erhöhung des Beitrags (10 Mark). Aus der Neuwahl des Ausschusses gingen hervor: Brückheimer-Marktbreit als Vorsitzender, Karl Eisemann-Würzburg als Schriftführer, Hamburger-Würzburg als Kassierer, Adler, Blum, Gutmann und Schloß als Beisitzer. Nachdem noch Hamburger-Würzburg als Kassierer den Kassenbericht erstattet hatte, konnte infolge der vorgerückten Zeit der letzte Punkt der Tagesordnung nicht mehr zur Diskussion gestellt werden. Mit dem Appell: Auf zur Arbeit! Auf zum Kampf für unser Recht! schloß der Vorsitzende die vom Geiste der Einmütigkeit getragene Versammlung.

Folgen der Hetze

Die „Münchener Post" berichtet über antisemitische Flegeleien im Anschluß an monarchistische Kundgebungen:

„. . . . . Dann drängte eine größere Menge nach der Theatinerstraße. Ein Reichswehrsoldat verfolgte einen anderen, auch in Soldatenuniform gekleideten Menschen. Ob der Verfolgte ebenfalls ein Reichswehrsoldat war, konnte nicht festgestellt werden. „Schlagt ihn nieder, schlagt ihn nieder!" schrie es durcheinander. Man konnte denken, das gelte dem Fliehenden; es war aber nicht so. Die Menge hatte ein anderes Opfer aufs Korn genommen: einen Juden, dem bereits der Hut vom Kopfe geschlagen war. „Nieder mit den Juden!" erscholl es im tausendstimmigen Chor. „Hoch Hindenburg, hoch Ludendorff!" Ein Mann hieb mit dem Regenschirm auf den Bedrängten ein. Endlich umstellten den lebensgefährlich Bedrohten vier Reichswehrsoldaten und hielten die wildgewordene Rotte mit dem Revolver von weiteren Tätlichkeiten ab. Nun ging es wieder zur Feldherrnhalle zurück und alles sang begeistert „Heil unserm König, Heil!" Der Rummel hatte hier aber der im Gebäude der alten Residenz stehenden Wachabteilung doch schon allzu lange gedauert; sie schritt ein und machte dem Spuk ein Ende. —

Den Reichswehrsoldaten, die den unglücklichen Juden vor Schlimmstem bewahrt, gebührt Dank und Anerkennung. Weniger einigen Offizieren, die während des Tumults auf dem Gehsteige der Residenz gleichgültig auf- und abschritten. Von der Polizei, die mit wahrhaft musterhafter Abwesenheit glänzte, wollen wir nicht reden. Wir rufen nicht nach ihr, wir nicht. Wollen die Herren Studenten den Rummel wiederholen, so werden sie eine ganz andere Polizei auf der Walstatt ihrer siegesmutigen Kampffreude finden. Schwielige Hände und Fäuste gibt es genug, ihnen den verdienten Denkzettel in die Wimpern zu reiben."

Zum Schluß ruft die „Münchner Post" die Arbeiterschaft zum Protest.

Aus der jüdischen Welt

Palästina.

Der Arbeitsmarkt in Palästina. Dem Kopenhagener Zionistischen Büro wird aus Palästina berichtet: In Jaffa entwickelt sich das Bauwesen in der letzten Zeit in größerem Maße. Außer den Häuserbauten der Gesellschaft „Haboneh“ und den Häusern der Handwerkerzentrale werden auch verschiedene Privathäuser errichtet. In der Nähe von Tel Awiw auf dem Wege von Jaffa nach Sarona wird ein größeres Gebäude gebaut, das für Geschäftslokale bestimmt ist. Der Waad von Tel Awiw teilt soeben mit, daß er demnächst mit dem Bau von Geschäftsgebäuden auf der Pinskerstraße beginnt. Wie es heißt, soll die Handwerkerzentrale demnächst an den Bau von 60 neuen Häusern herantreten. Auch in der Chevra Chadaschah soll demnächst ein großes Geschäftshaus errichtet werden. Alle diese Bauten werden größtenteils durch jüdische Arbeiter ausgeführt. Auch in Haifa werden jetzt mehrere Gebäude errichtet, hauptsächlich durch die Gesellschaft Haboneh.

Vom Straßenbau in Palästina. Das Kopenhagener Zionistische Büro berichtet: Etwa 700 Mann, meist Fellachen, sind für die Ausbesserung der Wege in der Nähe von Jerusalem engagiert worden. Da die betreffenden Stellen ziemlich weit von der Stadt entfernt liegen, ist es für die jüdischen ungelernten Arbeiter schwierig, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen. (?! d. Red.) Die Verwaltung hat auch Geld für die Ausbesserung der Straßen in Jerusalem selbst bewilligt, hierzu ist aber viel Wasser erforderlich, das zur Zeit ziemlich knapp ist. Der Stadtrat hat demgemäß beschlossen, mit den Reparaturen in der Stadt bis zur Zeit der Regenfälle zu warten, um dann die Arbeiten in der Stadt, sowie die Ausbesserung des Weges nach Jaffa sofort in Angriff zu nehmen.

England.

Assimilanten und Araber. Für das Einverständnis und die Zusammenarbeit der englischen Assimilanten mit den syrischen Gegnern des Zionismus ist ein Brief kennzeichnend, den Haba Loftala Bey in dem neugegründeten Organe der englischen Assimilanten, dem „Jewish Guardian“, veröffentlicht. Loftala Bey, der als der Delegierte der „Syrischen Union“ nach Europa kam, bezeichnete die Gründung eines selbständigen syrischen Staates als die Forderung seiner Union. Er stellt fest, daß das Programm der Union vollständig mit dem der englischen Assimilanten übereinstimme. Er lehnt entschieden die Anerkennung der Juden als eine besondere Nation ab. Libanon, Mesopotamien und Palästina müssen zu einem Staate unter dem Namen Syrien vereinigt werden. Der Gouverneur dieser drei Länder müsse der nationalen syrischen Partei angehören. Ein syrisches Parlament und Senat müsse in Bälde zusammentreten, die die Staatsform Syriens und die Frage entscheiden müßten, ob die Kontrolle einer Großmacht gestattet werden soll. Zum Schluß erhob er die Forderung, Amerika diese Fragen entscheiden zu lassen. Wie Berichte aus Paris melden, hat der Versuch des Emir Faisul, eine amerikanische Intervention in der syrischen Frage zu erlangen, völlig Schiffbruch gelitten.

Belgien.

Die Juden in Belgien. Das Londoner jüdische Korrespondenzbüro meldet: Die belgische Regierung erleichtert den Juden, die in den ersten Monaten des Krieges das Land verlassen mußten und zumeist nach Holland geflüchtet waren, die Rückkehr nach Antwerpen. Bekanntlich liegt die für Belgien so bedeutsame Diamant-Industrie Antwerpens in jüdischen Händen.

Deutschland.

Errichtung einer jüdischen Volkshochschule in Breslau. Vertreter aller religiösen Richtungen der Breslauer Synagogen-Gemeinde haben sich zusammengefunden, um einen Verein zur Begründung und Erhaltung einer freien jüdischen Volkshochschule in Breslau ins Leben zu rufen. Ihr Zweck soll sein, durch volkstümliche Vortragskurse und Übungen das Wissen vom Judentum zu verbreiten. Die Volkshochschule hält an dem Grundsatz der Lehrfreiheit fest und gewährt somit allen Richtungen innerhalb des Judentums Raum. Der Verein wird von der Breslauer Synagogen-Gemeinde durch einen einmaligen Beitrag von 5000 Mk. und einen Jahresbeitrag von 1000 Mk. unterstützt. Die Organisation schätzt die jährlichen Kosten auf ungefähr 20 000 Mk. Diesen Betrag hofft sie durch Mitgliederbeiträge und Eintrittsgelder aufzubringen, sodaß die Volkshochschule sich späterhin zum größten Teil selbst erhalten würde. Das Unternehmen ist gesichert, die Eröffnung der Volkshochschule steht unmittelbar bevor.

Hamburg. (Austritt aus der Religionsgemeinschaft.) Dem Kollegium der hiesigen Bürgerschaft liegt ein Antrag seines Ausschusses zur Beratung vor, wonach eine frühere Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrates betreffend den Austritt aus der Religionsgemeinschaft durch einen Gesetzentwurf betreffend Austritt aus der Religionsgemeinschaft ersetzt werden soll. Demnach erfolgt der Austritt durch mündliche Erklärung gegenüber dem zuständigen Standesbeamten. Zur Abgabe dieser Erklärung ist jede Person berechtigt, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat. — Die demokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung hat dort beantragt, daß die Austrittserklärungen an den berufenen Vertreter der Religionsgemeinde, aus welcher der Austritt erfolgen soll, gerichtet werden müssen, welcher den Empfang innerhalb vier Wochen zu bestätigen hat.

Antisemitische Strömungen in der Sozialdemokratie. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus hielt dieser Tage eine ordentliche Generalversammlung in Berlin ab. Besonders bemerkenswert war in den Ausführungen des früheren Ministers Landsberg eine scharfe Absage an seines Genossen Winnigs Judenpolitik. Der Redner wandte sich gegen einen von Winnig in der „Glocke“ veröffentlichten Artikel, in welchem dieser als Sozialdemokrat die Auffassung vertritt, daß die Juden in nationalen Fragen nicht mitzureden hätten. Winnig, Oberpräsident von Ostpreußen, habe sich anscheinend seiner Umgebung bedenklich angepaßt. Wenn Winnigs Worte wahr wären, rief Landsberg, wäre ich nicht mehr Abgeordneter. Ich opfere der Partei mein alles, aber niemals meine Ehre. Der nächste Parteitag der S. P. D. wird zum Antisemitismus Stellung nehmen müssen, genau so, wie jede andere Partei Farbe bekennen muß.

Aschaffenburg. Zu einer großen Radauversammlung gestaltete sich eine Versammlung der amtlichen Aufklärungsstelle gegen den Antisemitismus, in der der Referent Dr. Lange und der sozialdemokratische Redakteur Matthes gegen

den Antisemitismus sprachen. Die Mehrheit der Versammlungsbesucher, die zum Teil mit Pfeifen und Trompeten ausgerüstet waren, schrie die Redner nieder. Eine Entschließung gegen den Antisemitismus konnte nicht zur Annahme gebracht werden.

Feuilleton

„Über das Talmudstudium bei den Westjuden"

bringt die „Jüdische Presse" in Berlin aus der Feder des bekannten Gelehrten Dr. Tschernowitz beachtenswerte Auslassungen. Der Verfasser tritt zunächst der Behauptung entgegen, als ob im Osten erfolgreicher als im Westen „gelernt" würde; diese Vorstellung sei übertrieben. So wurde z. B. in Litauen früher in den Jeschiwoth viel und erfolgreich gelernt, während dies in Südrußland, besonders bei den Chassidim, wo man gar keine Jeschiwoth findet, vielfach nicht der Fall ist und war. Nun ist selbst in Litauen das Talmudstudium unter den Baalebatim sehr zurückgegangen. Im Westen wird dagegen viel Gemoroh gelernt, wenn auch bis jetzt wenige Jeschiwoth bestehen.

Trotzdem müssen wir leider gestehen, daß die Unwissenheit hier im Vergleich zum Osten sehr verbreitet ist und unter den Lernenden Verständnis der Gemoroh kaum zu finden ist, trotz der großen Liebe, welche man im Munde und im Herzen für die Thora trägt, und trotz der großen Mühe, welche man sich gibt, um Fortschritte zu erzielen. Der Verfasser untersucht nun, worin der Fehler liegt. In dieser Zeitschrift wurde jüngst von einer Seite dies damit begründet, daß die deutsche Orthodoxie bisher die hebräische Sprache vernachlässigt habe; durch Kenntnis dieser würde eine wesentliche Förderung des Talmudstudiums erzielt werden. Dieser Anschauung kann Dr. T. nicht beipflichten.

Überall, wo viel Talmud gelernt wird, wird auch bei den einfachsten Worten der Übersetzung Rechnung getragen. Anderseits wird trotz des Verständnisses des Hebräischen die Kenntnis des Talmuds nicht sonderlich gefördert; ein Beispiel hiefür bieten moderne Schulen in Palästina, wo leider das Talmudstudium vielfach vernachlässigt wird.

Der Verfasser untersucht nun, wie das Talmudstudium im Westen zu heben ist und führt dies in erster Reihe auf die falsche Methode der Erklärung zurück. Vor allem glaubt er wird bei der deutschen Orthodoxie die Gemoroh viel zu sehr als heilig betrachtet und das Lernen nicht als Wissenschaft betrieben, sondern nur als „Mizwoh" angesehen. Man lernt meist לשמה, nicht um sich Kenntnisse anzueignen. Es kömmt den deutschen Juden nicht so sehr auf das Wissen als auf das Lernen an und wenn ihm die Materie auch unverständlich bleibt, so hat er doch seine „Mizwoh" erfüllt. Im Osten ist das Lernen eine Wissenschaft und man lernt um lernen zu können.

Weiterhin muß unterschieden werden zwischen der Methode, Talmud zu wissen und Talmud zu kennen. Der Talmudkenner eignet sich einen beliebigen Abschnitt an, erklärt ihn, ohne den Stoff im Kopf zu behalten; der Talmudwissende hingegen hat sich den Talmud als seine Wissenschaft angeeignet, er kennt sie in- und auswendig und hat in ihr ein unvergängliches Besitztum. Der Verfasser vergleicht einen litauischen mit einem südrussischen Talmudjünger. Der Erstere wird den Inhalt mehrerer Traktate genau im Kopfe haben, wenn es auch nur 2—3 sind, und deren Stoff gründlich beherrschen. Dadurch wird er ein richtiger „Lamden" und die Kenntnis des Talmud in den Traktaten, die er nicht gelernt hat, kömmt von selbst, er wird in ganz „Schaß" lernen können. Ein südrussischer Bachur wird fast ganz „Schaß" ablernen und schließlich hat er keine richtigen Kenntnisse, denn er ist nicht in die Tiefe gedrungen.

Noch eine andere Methode ist bei den polnischen Chassidim und vielfach in Ungarn üblich: Man lernt dort eine bestimmte „Sugie" ein oder mehrere Semester lang, vertieft sich darin mit allen Erklärern und sieht von den anderen ab. Auch dies hält der Verfasser nicht für richtig, weil da mehr Gewicht auf die Erklärer als auf den Talmud selbst gelegt wird und daher nicht die richtige Talmudkenntnis erzielt wird.

In Deutschland wird nach der Ansicht von Dr. T. zu viel Wert auf die Kenntnis (das Kennen) des Talmud gelegt und deshalb erreicht man hier so selten die Stellung eines „Lamden". Bei den modern geschulten Lehrern wird dazu noch mehr Gewicht auf das Sprachliche als auch das Sachliche gelegt. Gewiß, um methodisch den Talmud zu studieren, muß man das Sprachliche voranstellen. Hat man aber wenig Zeit und bleibt einem die Wahl zwischen Sprachlichem und Sachlichem, so würde der Verfasser das Sachliche vorziehen.

Nicht besser steht es in Deutschland mit den jüdischen Hochschulen und Rabbinerseminaren. Es wird zwar das Absolutorium eines Gymnasiums als Vorbedingung verlangt und in Profangegenständen wird der dermaßen Vorgebildete im Stande sein, den Hochschulvorlesungen mit Verständnis zu folgen. Aber im Gebiete des Talmud ist er nicht derartig vorgebildet, deswegen

kann auch das Niveau des Talmudunterrichts auf den Hochschulen kein hochschulmäßiges sein, und es steht in Methode wie im Umfang nicht höher als auf einer Talmud Thora oder kleinen Jeschiwoh in Rußland. Hierzu fehlt nämlich die Voraussetzung der Beherrschung des talmudischen Stoffes, ebenso wie für eine Vorlesung über höhere Mathematik elementare Kenntnisse dieser Wissenschaft Voraussetzung sind. Demnach müssen also die Talmudhochschulen bei der Aufnahme ihrer Schüler höhere Anforderungen an diese stellen, als es bisher geschah. Man muß im Talmud das gleiche Maß von Vorbildung verlangen wie in profanen Fächern. Diese müßten sie sich in einer Talmudschule aneignen.

Um eine Besserung herbeizuführen, müßte an einem Zentralpunkt des jüd. Lebens eine große Jeschiwoh errichtet werden, deren Besuch für alle Kandidaten des Rabbiner- oder des höheren Lehramtes in jüdischen Fächern obligatorisch wäre. Dort müßte jeder mindestens zwei Jahre zubringen. Dann könnten auch die jüdischen Hochschulen wirklich Hochschulen werden, wenn sie diese Jeschiwoh zur Vorbedingung haben. Dann würde das Talmudstudium in Deutschland auf eine viel höhere Stufe kommen.

Soweit der Verfasser in der „J. Pr.“

Wir glaubten diesen Betrachtungen in dieser Zeitung Raum geben zu sollen, weil wir von manchem Gelehrten derartige Anschauungen gehört haben; möchten die Talmudwissenden auch bei uns immer mehr an Boden gewinnen.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Vortrag Karl Glaser. Sonntag, den 23. ds. Mts., sprach Redakteur Karl Glaser über „die neue Welle des Antisemitismus“. Alle Schichten der jüdischen Bevölkerung waren vertreten, die Veranstaltung gut besucht. Der Antisemitismus sei keine vorübergehende Erscheinung und Zionismus sei kein Ausfluß des Antisemitismus. Gäbe es keinen Antisemitismus, die zionistische Weltanschauung bliebe dieselbe. Eine Überwindung sei nur durch produktiv-nationale Leistung unseres Volkes für unser Volk und eben dadurch auch für die Menschheit überhaupt möglich. Darin gipfelte der Grundgedanke des Redners, der in seinem anderthalbstündigen Referate die Zuhörer in Atem hielt. Der Antisemitismus in Deutschland macht denselben Weg wie im Osten. Er hört auf Volksstimmung zu sein und artet in „wissenschaftliche Objektivitäten“ aus, unter dem Deckmantel der „Gelehrsamkeit“ vergiftet er die Straße und beherrscht das Tun und Lassen der ganzen Umwelt. Die Konservativen, Deutschnationalen und Deutsch-Völkischen Parteien schüren den Haß, während Demokraten, Mehrheitssozialisten und Kommunisten nicht mit einer erforderlichen Energie entgegentreten, um die gefährlichen Pfeile zu vergiften, ja nicht einmal durchwegs vom Antisemitismus frei sind. Man haßt uns überall, aber nicht der schlechten, sondern der guten Eigenschaften wegen, welche die Juden nicht aufgeben wollen oder können. Glaser weist auf den geistigen Dekadenzprozeß im deutschen Judentum hin, analysiert die somatischen und psychischen Unterschiede der Juden von Anderen und erörtert in seinen fesselnden Ausführungen den falschen Versuch des deutschen Judentumes sich von der Gesamtjudenheit zu isolieren. Das Publikum dankte durch stürmischen Beifall. Das Wesentliche der Diskussion behandelt der zweite Teil des heutigen Leitartikels. —

Würzburger jüdisches Leben. Die Reihe der Wintervorträge eröffnete am 20. vr. Mts. Herr Reallehrer Dav. Tachauer, der Vorstand der hiesigen Zionistischen Ortsgruppe, mit einem Referat über: Die Bedeutung Palästinas. Den interessanten Ausführungen, die durch persönliche Erfahrungen des Redners besonders anschaulich wurden, folgten auch die Gäste mit lebhafter Anteilnehme, sodaß der Abend als durchaus gelungen zu bezeichnen ist. — Am 25. vr. Mts. sprach Herr Direktor Georg Kareski-Berlin über: Der Aufbau des neuen Palästina, in einem großen öffentlichen Vortrag. Seine hier rühmlichst bekannte Rednergabe fesselte ein zahlreiches Publikum auch von Nichtzionisten. Neben dem ideellen Gewinn ist ein finanzieller Erfolg nicht zum mindesten sein Verdienst.

Stuttgart. Sonntag, den 30. November, veranstaltet die zionistische Ortsgruppe Stuttgart im Auftrag des Palästina-Aufbau-Fonds einen Lichtbildervortrag, in dem Herr Davis Trietsch-Berlin, der als der beste Palästinakenner gilt, interessante Aufnahmen aus Erez Israel und den jüdischen Kolonien zeigen wird. Näheres siehe Inserat.

Hebräische Kurse. Die Anfangszeiten der Kurse haben sich etwas verschoben und sind nun wie folgt festgesetzt: Dienstag: 1. Kurs (Fortgeschrittene) von 6.45 Uhr bis kurz vor halb 8 Uhr; darauf der Anfängerkurs. Punkt 8.45 Uhr Beginn des Palästinakurses. Donnerstag: 1. Kurs (Fortgeschrittene) von 6.15 Uhr bis 7 Uhr; Anfängerkurs von 7—7.45 Uhr; K. J. V.er-Kurs von 8—8.45 Uhr.

Am Dienstag, den 2. Dezember, fällt der Palästinakurs aus. Er wird am Samstag, den 6. Dezember, nach dem Kurs von Dr. Levi verlegt und findet in der Sabel'schen Handelsschule statt.

Spendenausweis

Münchener Spendenausweis.

Nationalfondsspenden. Helene Hanna Cohn, vorläufig Oberstdorf, grüßt alle Münchener Freunde 3.—; Sammlung Agudas Achim: Weinberg-Berlin 30.—, Feuer 5.—, Ruß 5.—, Kornhäuser 10.—, Finkel 5.—, Schenirer 5.—, Vogelsinger 10.—, Gelbart 10.—, Goldfarb 10.—, Kohn 20.—, Zinn 10.—, Weißbart 7.—, Schindler 5.—, Landau 10.—.

Gold. Buch Haschachar. Arnold und Golda Wiener grat. Dr. Adolf Fränkel z. Verlobg., dieselben u. Emmi grat. Medi Feuchtwanger 3.—.

Gold. Buch Alfred Nothmann. Arnold u. Golda Wiener grat. R.-A. Ehrlich z. Verlobg., dieselben grat. u. grüßen Dr. Emil Margulies 3.—.

Hedwig Friedmann s. A.-Garten. Familien Ch. Sarsky, Mchn., a. d. Namen ihrer geliebt. Schwester, Schwägerin u. Tante 5 B. 50.—; Benno Sarsky a. d. Namen s. l. Tante 1 B. 10.—.

Klara Fränkel s. A.-Garten. Sophie Hönig z. Verlobg. ihres Bruders Leopold mit Frl. Adele Obernbreit 2 B. 20.—.



E I N L A D U N G

8. Stiftungsfest

des Bar Kochba / München

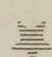
im Richard Wagnersaal des Hotels Bayerischer Hof
am Sonntag, den 30. November 1919.

Aus dem Programm:

Turnerische Vorführungen
Musikalische Vorträge

unter gütiger Mitwirkung von Frau ERNESTINE FÄRBER-STRASSER (Mitglied des Nationaltheaters).

Anschließender Tanz.



Es ladet ergebenst ein

Die Vorstandschaft des Bar Kochba München.

TOMBOLA ***BÜFFET***

Eintrittskarten à Mk. 5.– nur an der Abendkasse erhältlich.
Kassa-Eröffnung 4 Uhr. Beginn präzis 5 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion: Karl Glaser, Nürnberg; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.